

# ANTRAG

Antragsteller\*in: *Bundesvorstand*

Tagesordnungspunkt: *12.2 Leitantrag des Bundesvorstands*

## LA: Energiepolitik neu denken

### Antragstext

1 Energie ist die Grundlage unseres Wohlstands, unserer Sicherheit und unserer  
2 Freiheit. Sie entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, die  
3 Stabilität unserer Versorgung und unseren Beitrag zum Klimaschutz. Österreich  
4 steht dabei vor einem tiefgreifenden Wandel: Der Strombedarf wird sich bis 2040  
5 nahezu verdoppeln, die Dekarbonisierung verlangt enorme Investitionen, und die  
6 vergangenen Jahre haben gezeigt, wie verwundbar ein Energiesystem gegenüber  
7 geopolitischen Abhängigkeiten sein kann. Auf diese Herausforderungen antworten  
8 wir nicht mit ideologischen Vorfestlegungen, sondern mit einer liberalen,  
9 evidenzbasierten Energiepolitik: marktwirtschaftlich statt von Dauersubventionen  
10 getrieben, und europäisch statt kleinstaatlich gedacht.

### 11 Liberale Grundhaltung

12 Liberale Energiepolitik bedeutet Technologieoffenheit statt Ideologie. Wir  
13 bekennen uns zu einer evidenzbasierten, marktwirtschaftlichen und  
14 sicherheitsorientierten Energiepolitik, die Versorgungssicherheit,  
15 Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz gleichermaßen ernst nimmt.

### 16 Versorgungssicherheit als Standortfrage

17 Bis 2040 wird sich der Strombedarf in Österreich nahezu verdoppeln<sup>[1]</sup> - bedingt  
18 durch Elektrifizierung von Industrie, Mobilität und Wärme. Versorgungssicherheit  
19 wird damit zu einer zentralen Frage für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und  
20 soziale Stabilität.

21 Der Energiemarkt ist stark geopolitisch geprägt. Abhängigkeiten von Gasimporten  
22 haben gezeigt, wie stark Energiepreise Inflation, wirtschaftliche Entwicklung  
23 und politische Handlungsfähigkeit beeinflussen können. Wer unsere

24 **Energieversorgung** kontrolliert, beeinflusst unsere Volkswirtschaft, unsere  
25 Wehrfähigkeit, unseren Wohlstand.

26 Wir wollen Österreich so unabhängig wie möglich machen. Vollständige Autarkie  
27 ist unrealistisch – aber strategische Schwächen sind ebenso keine Option.  
28 Liberale Energiepolitik muss daher Diversifizierung ermöglichen und  
29 geopolitische Abhängigkeiten reduzieren.

### 30 **Marktwirtschaft statt Dauersubventionierung**

31 Unsere liberale Grundhaltung bleibt klar: Der Staat soll keine Energieform  
32 dauerhaft privilegieren. Wir lehnen eine strukturelle Dauersubventionierung  
33 einzelner Technologien ab.

34 Gleichzeitig müssen wir anerkennen: Der Energiemarkt ist bereits massiv  
35 reguliert und verzerrt – durch Netztarife, Förderregime, Einspeisegarantien und  
36 staatliche Infrastrukturfinanzierung. Nahezu jede Energieform profitiert heute  
37 von politischen Rahmenbedingungen.

38 Technologieoffenheit bedeutet daher auch: Gleiche Maßstäbe für alle. Viele  
39 Formen strategischer Energieinfrastruktur sind von hohen Anfangsinvestitionen  
40 und langen Amortisationszeiten geprägt. Wenn der Staat bei Netzausbau,  
41 Speichertechnologien oder erneuerbaren Energien Finanzierungsinstrumente  
42 bereitstellt, dürfen diese nicht von vornherein auf einzelne Technologien  
43 beschränkt werden.

44 Entscheidend sind transparente, befristete und wettbewerbsneutrale  
45 Rahmenbedingungen. Auch Kernenergie darf dabei nicht kategorisch ausgeschlossen  
46 werden.

47 Das heißt für uns:

- 48 • Wettbewerb statt politischer Bevorzugung einzelner Technologien.
- 49 • Keine Blankoschecks und keine dauerhaften Subventionsmodelle.
- 50 • Transparente, befristete und wettbewerbsneutrale Finanzierungsinstrumente  
51 für strategische Infrastruktur.
- 52 • Klare Sicherheits-, Umwelt- und Haftungsregeln auf höchstem  
53 internationalen Standard.

54 So viel Markt wie möglich – so viel Staat wie nötig.

## 55 **Sicherheit und Verantwortung**

56 Eine sichere Energieversorgung setzt hohe **technische**, organisatorische und  
57 sicherheitspolitische Standards voraus. Der Schutz kritischer Infrastruktur hat  
58 oberste Priorität – das gilt für Erzeugungsanlagen ebenso wie für Netze,  
59 Speicher und digitale Infrastruktur.

60 Technologieoffenheit bedeutet auch Verantwortung: transparente Risikoabwägung,  
61 wissenschaftliche Aufklärung und ehrliche Kommunikation gegenüber der  
62 Bevölkerung.

## 63 **Klima- & Umweltaspekte**

64 Eine verantwortungsvolle Energiepolitik muss Klima- und Umweltfragen  
65 ganzheitlich betrachten und dabei Treibhausgasreduktion und Energiesicherheit  
66 als gemeinsame Ziele vereinen. Daher fordern wir eine Energieversorgung, die  
67 langfristig klimaneutral, sicher und wirtschaftlich tragfähig ist. Dabei müssen  
68 politische Entscheidungen auf wissenschaftlicher Evidenz und realistischen  
69 Systemanalysen beruhen – nicht auf ideologischen Vorannahmen über einzelne  
70 Technologien.

## 71 **Klimaschutz als zentrale Herausforderung**

72 Die größte klimapolitische Herausforderung unserer Zeit ist die Begrenzung des  
73 globalen Temperaturanstiegs. Effektiver Klimaschutz erfordert daher eine rasche  
74 Reduktion von Treibhausgasemissionen. Energiepolitische Entscheidungen müssen  
75 daher auch daran gemessen werden, wie stark sie zur Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen  
76 beitragen.

77 Die Dekarbonisierung des Energiesystems erfordert den Einsatz unterschiedlicher  
78 CO<sub>2</sub>-armer Technologien. Dazu zählen unter anderem Wasserkraft, Windenergie,  
79 Solarenergie und Kernenergie. Internationale Studien zeigen, dass diese über  
80 ihren gesamten Lebenszyklus hinweg deutlich geringere Emissionen verursachen als  
81 fossile Energieträger. [\[2\]\[3\]](#)

82 Eine evidenzbasierte Klimapolitik darf daher einzelne CO<sub>2</sub>-arme Energieformen  
83 nicht pauschal bevorzugen. Stattdessen muss sie offen prüfen, welchen Beitrag  
84 verschiedene Technologien zur Erreichung der Klimaziele leisten können.

## 85 **Realistische Betrachtung des Energiesystems**

86 Erneuerbare Energien sind ein zentraler Bestandteil eines klimaneutralen  
87 Energiesystems. Gleichzeitig müssen wir ehrlich anerkennen, dass ein  
88 Energiesystem, das ausschließlich auf erneuerbaren Quellen basiert, erhebliche  
89 Herausforderungen hinsichtlich Netzstabilität, Speicherbedarf und  
90 Flächenverbrauch mit sich bringt. Eine technologieoffene Energiepolitik sollte  
91 daher prüfen, welche Rolle unterschiedliche CO<sub>2</sub>-arme Energiequellen im  
92 zukünftigen Energiemix spielen können.

93 Kernenergie kann in diesem Kontext ein stabilisierender Bestandteil eines  
94 diversifizierten Energiesystems sein. Sie ist keine alleinige Lösung für die  
95 Energie- oder Klimakrise, kann jedoch langfristig einen Teil der Versorgung  
96 sichern und damit den Übergang zu einem klimaneutralen Energiesystem  
97 unterstützen.

## 98 **Langfristige Perspektive statt kurzfristiger** 99 **Brückentechnologien**

100 Im Zuge der Energiewende wird häufig auf fossile Übergangstechnologien wie  
101 Erdgas verwiesen. Diese können kurzfristig zur Stabilisierung der  
102 Energieversorgung beitragen, bleiben jedoch fossile Energieträger mit  
103 entsprechenden Emissionen.

104 Gerade bei neuen fossilen Infrastrukturprojekten stellt sich die Frage der  
105 langfristigen Wirtschaftlichkeit: Investitionen müssen sich über mehrere  
106 Jahrzehnte amortisieren. Vor dem Hintergrund ambitionierter Klimaziele bis 2050  
107 ist daher zu prüfen, ob der Ausbau fossiler Fördertechnologien langfristig  
108 wirtschaftlich und klimapolitisch sinnvoll ist.

109 Eine nachhaltige Energiepolitik sollte daher verstärkt auf Technologien setzen,  
110 die auch in einem klimaneutralen Energiesystem langfristig Bestand haben können.

## 111 **Bestehende Kapazitäten nutzen**

112 In mehreren westlichen Staaten wurden in den vergangenen Jahren funktionierende  
113 Kernkraftwerke stillgelegt. Gleichzeitig steigt der Bedarf an CO<sub>2</sub>-armer Energie.

114 Eine rationale Klimapolitik sollte daher prüfen, ob bestehende und sichere  
115 Anlagen länger betrieben oder wieder in Betrieb genommen werden können, sofern  
116 dies technisch möglich und sicherheitspolitisch verantwortbar ist. Der

117 Weiterbetrieb vorhandener Infrastruktur kann kurzfristig zur Reduktion von  
118 Emissionen beitragen und den Übergang zu einem klimaneutralen Energiesystem  
119 erleichtern.

## 120 **Wirtschaft & Kosten**

121 Eine nachhaltige Energiepolitik muss auf Kostenwahrheit und effizienten Einsatz  
122 von Ressourcen basieren. Politische Entscheidungen dürfen nicht durch verzerrte  
123 Preissignale oder einseitige Förderregime beeinflusst werden, sondern müssen  
124 sich an realen volkswirtschaftlichen Kosten orientieren.

### 125 **Kostenwahrheit und Transparenz**

126 Ziel einer liberalen Energiepolitik ist es, transparente und vergleichbare  
127 Kostenstrukturen zwischen unterschiedlichen Energieformen zu schaffen. Derzeit  
128 wird der Energiemarkt durch zahlreiche Eingriffe verzerrt – etwa durch  
129 Förderungen, Steuervorteile oder regulatorische Vorgaben.

130 Eine sachliche energiepolitische Debatte erfordert daher eine ehrliche  
131 Betrachtung der Gesamtkosten verschiedener Technologien, einschließlich:

- 132 • Investitionskosten
- 133 • Betriebskosten
- 134 • Systemkosten (Netzausbau, Speicher, Reservekapazitäten)
- 135 • Rückbau- und Entsorgungskosten
- 136 • externe Kosten, insbesondere von CO<sub>2</sub>-Emissionen

137 Erst die Einpreisung externer Effekte schafft echte Kostenwahrheit und stellt  
138 sicher, dass klimafreundliche Technologien im Wettbewerb nicht systematisch  
139 benachteiligt werden. Nur auf Basis dieser Gesamtkosten kann eine fundierte  
140 Entscheidung über den zukünftigen Energiemix getroffen werden.

### 141 **Finanzierung strategischer Energieinfrastruktur**

142 Energieinfrastruktur ist ein zentraler Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge.  
143 Netze, Speicher und Kraftwerkskapazitäten sind langfristige Investitionen mit

144 hoher strategischer Bedeutung für Versorgungssicherheit und wirtschaftliche  
145 Stabilität.

146 Grundsätzlich soll der Energiemarkt aus liberaler Perspektive vor allem auf  
147 privaten Marktteilnehmern basieren und durch private Investitionen getragen  
148 werden. Staatliche Eingriffe sind jedoch dort gerechtfertigt, wo:

- 149 • Versorgungssicherheit gefährdet ist,
- 150 • strategische Abhängigkeiten reduziert werden sollen,
- 151 • Marktmechanismen allein nicht ausreichend greifen.

152 In solchen Fällen kann eine zeitlich befristete und klar begründete staatliche  
153 Kofinanzierung sinnvoll sein – insbesondere bei großen Infrastrukturprojekten  
154 mit langfristigem Nutzen.

### 155 **Subventionen und Marktverzerrungen**

156 Marktverzerrungen entstehen nicht nur durch direkte Förderungen, sondern auch  
157 durch bestehende steuerliche Begünstigungen. Zahlreiche dieser Förderungen  
158 verzerren den Wettbewerb bereits heute – dazu zählen insbesondere  
159 klimaschädliche Subventionen wie steuerliche Begünstigungen fossiler  
160 Energieträger, etwa das sogenannte Dieselprivileg.

161 Aus umwelt- und wirtschaftspolitischer Sicht gilt daher:

- 162 • Schrittweise Abschaffung klimaschädlicher Subventionen,
- 163 • effiziente und zielgerichtete Verwendung öffentlicher Mittel,
- 164 • technologieoffene Förderinstrumente statt selektiver Einzelmaßnahmen.

### 165 **Strommarkt und Preisbildung**

166 Der europäische Strommarkt basiert auf dem Prinzip der **Merit-Order**, bei dem das  
167 jeweils teuerste zur Deckung der Nachfrage benötigte Kraftwerk den Strompreis  
168 bestimmt.

169 Dieses System hat sich grundsätzlich als effizient erwiesen, da es

170 kostengünstige Kraftwerke priorisiert und Wettbewerb ermöglicht. Gleichzeitig  
171 hat die Energiekrise gezeigt, dass hohe Preise einzelner Energieträger –  
172 insbesondere Gas – zu erheblichen Preissprüngen im gesamten Strommarkt führen  
173 können.

174 Eine differenzierte Betrachtung ist daher notwendig. Einerseits sorgt das Merit-  
175 Order-System für effiziente Allokation und Investitionssignale. Andererseits  
176 stellt sich die Frage, wie Preisstabilität und Versorgungssicherheit in einem  
177 zunehmend volatilen Energiesystem gewährleistet werden können.

178 Eine Abschaffung des Modells oder einen nationalen Alleingang aus der  
179 gemeinsamen Preiszone lehnen wir ab. Das eigentliche Problem ist nicht das  
180 Marktdesign, sondern die enge Kopplung von CO<sub>2</sub>- und Strompreis: Setzt ein  
181 fossiles Kraftwerk den Preis, schlagen dessen Emissionskosten auf den gesamten  
182 Großhandelspreis durch und verteuern auch günstigen erneuerbaren Strom – das  
183 belastet Haushalte und Industrie und verteuert genau jene Elektrifizierung, die  
184 wir für die Dekarbonisierung brauchen.

185 Wir unterstützen daher den Vorschlag des WIFO, CO<sub>2</sub>- und Strompreis gezielt  
186 teilweise zu entkoppeln, statt das Marktmodell umzubauen oder den CO<sub>2</sub>-Preis  
187 abzuschaffen: In Stunden mit hohen Preisen soll der CO<sub>2</sub>-Kostenanteil  
188 herausgerechnet und an die Stromkundinnen und -kunden zurückgegeben werden,  
189 während fossile Kraftwerke weiterhin den vollen CO<sub>2</sub>-Preis tragen. Der CO<sub>2</sub>-Preis  
190 bleibt so als Lenkungsinstrument erhalten, die Investitionsanreize für  
191 Erneuerbare müssen gewahrt bleiben – etwa über Schwellenwerte, Ausnahmen für  
192 Neuanlagen oder Differenzverträge. Voraussetzung ist mehr Transparenz darüber,  
193 welche Technologie den Preis setzt und welcher Anteil auf CO<sub>2</sub>-Kosten entfällt;  
194 verankert werden soll die Reform auf europäischer Ebene. [\[4\]](#)

## 195 **Europäische Perspektiven**

196 Energiepolitik ist längst keine rein nationale Angelegenheit mehr. Der  
197 europäische Energiebinnenmarkt ist eng verflochten, und Entscheidungen einzelner  
198 Staaten wirken sich unmittelbar auf Preise, Versorgungssicherheit und  
199 Infrastruktur in anderen Ländern aus. Eine zukunftsorientierte Energiepolitik  
200 muss daher konsequent europäisch gedacht werden.

### 201 **Energiebinnenmarkt und Integration**

202 Der europäische Strommarkt ist ein zentraler Bestandteil der Energieunion. Ziel  
203 muss es sein, nationale Energiesysteme stärker zu integrieren und von isolierten  
204 Strukturen zu einem funktionierenden gemeinsamen Binnenmarkt weiterzuentwickeln.

205 Dazu gehört insbesondere:

- 206 • der Ausbau grenzüberschreitender Stromtrassen,
- 207 • die Verbesserung von Grenzkapazitäten,
- 208 • eine stärkere Harmonisierung von Marktregeln.

209 Derzeit bestehen zwischen vielen Mitgliedstaaten noch unzureichende  
210 Netzverbindungen. Diese Engpässe verhindern einen effizienten Stromhandel und  
211 erhöhen die Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Ausbau von  
212 Hochleistungsübertragungsleitungen – etwa in Form eines europäischen  
213 Gleichstrom-„Stromhighways“ – ist daher ein zentraler Schritt hin zu einem  
214 leistungsfähigen europäischen Energiesystem. Dadurch können Gebiete mit hoher  
215 Erzeugung, etwa die Nordsee, effizient über lange Strecken mit den europäischen  
216 Industriezentren verbunden werden.

217 Netzplanung sollte dabei bedarfsorientiert und systemisch erfolgen – nicht  
218 entlang politischer Grenzen. Eine verbesserte europäische Koordinierung von  
219 Infrastrukturprojekten ist notwendig, um Effizienzpotenziale zu heben und  
220 Versorgungssicherheit zu stärken.

### 221 **Ideologiefreie Energiepolitik auf europäischer Ebene**

222 Die europäische Energiepolitik ist zunehmend durch gemeinsame regulatorische  
223 Rahmenbedingungen geprägt. Dazu zählt insbesondere die Taxonomie-Verordnung der  
224 Europäischen Union [\[5\]](#), die bestimmte Technologien als nachhaltig einstuft.

225 Die Einstufung von Kernenergie als nachhaltige Technologie [\[6\]](#) – etwa wenn hohe  
226 Sicherheitsstandards eingehalten werden und ein Plan für die Endlagerung  
227 vorliegt – ist aus Sicht einer technologieoffenen Klimapolitik nachvollziehbar.  
228 Österreich sollte sich dieser Bewertung nicht länger grundsätzlich  
229 entgegenstellen, sondern sich konstruktiv in die europäische Energiepolitik  
230 einbringen.

231 Gleichzeitig zeigt die Entwicklung in Europa, dass unterschiedliche nationale  
232 Strategien bestehen – etwa beim Weiterbetrieb oder der Abschaltung von  
233 Kernkraftwerken. Eine funktionierende Energieunion muss diese Unterschiede  
234 integrieren, anstatt sie zu blockieren. Vor diesem Hintergrund ist auch ein  
235 pauschales, ideologisch motiviertes Technologieverbot in Österreich abzulehnen.  
236 **Deshalb** setzen wir uns für die Abschaffung des **Bundesverfassungsgesetzes für ein**

237 **atomfreies Österreich** (BVG – Atomfreiheit) ein. Der Staat soll keine Energieform  
238 dogmatisch ausschließen, sondern faire Rahmenbedingungen setzen, innerhalb derer  
239 sich Technologien im Wettbewerb bewähren können.

#### 240 **Verantwortung im Umgang mit radioaktivem Abfall**

241 Ein zentraler Umweltaspekt der Kernenergie ist der Umgang mit radioaktivem  
242 Abfall. Die sichere Endlagerung stellt eine langfristige Verantwortung gegenüber  
243 zukünftigen Generationen dar. Das Endlagerprojekt in **Finnland** gilt als weltweit  
244 fortgeschrittenes Modell für die sichere geologische Tiefenlagerung  
245 hochradioaktiver Abfälle. [\[7\]](#)

246 Wir halten es für sinnvoll, diese Frage stärker europäisch zu denken. Anstatt  
247 jedes Land isoliert eigene Endlagerlösungen entwickeln zu lassen, könnten  
248 gemeinsame europäische Lösungen Effizienz, Sicherheit und Akzeptanz erhöhen.  
249 Auch marktwirtschaftliche Ansätze, etwa spezialisierte Betreiber für  
250 Endlagerinfrastruktur, können dazu beitragen, Verantwortung und Kosten  
251 transparent zu organisieren. Europäische Zusammenarbeit bedeutet gleichzeitig  
252 nicht, dass Länder sich aus ihrem Teil der Verantwortung hinsichtlich der  
253 Entsorgung entziehen können.

#### 254 **Infrastruktur, Industrie und Wettbewerbsfähigkeit**

255 Ein leistungsfähiger europäischer Energiemarkt ist auch entscheidend für die  
256 Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien. Diese sind auf stabile und  
257 leistbare Energiepreise angewiesen.

258 Dazu braucht es:

- 259 • einen funktionierenden grenzüberschreitenden Stromhandel,
- 260 • ausreichende Netzkapazitäten,
- 261 • eine koordinierte europäische Infrastrukturplanung.

262 Langfristig sollte das Ziel ein integrierter europäischer Strommarkt mit  
263 möglichst einheitlichen Preisstrukturen sein, der Investitionssicherheit schafft  
264 und Wettbewerb fördert.

#### 265 **Versorgungssicherheit und Resilienz**

266 Die vergangenen Krisen haben gezeigt, wie verwundbar Energiesysteme sein können.  
267 Versorgungssicherheit muss daher stärker europäisch gedacht werden.

268 Das umfasst:

- 269 • gemeinsame Krisenvorsorge,
- 270 • Diversifizierung von Energiequellen,
- 271 • Sicherstellung kritischer Infrastruktur.

272 Auch Fragen wie die Anreicherung von Brennelementen oder der Zugang zu  
273 strategischen Ressourcen sollten im europäischen Kontext betrachtet werden, um  
274 Abhängigkeiten zu reduzieren und die Resilienz des Gesamtsystems zu erhöhen.

### 275 **Gemeinsame Klimapolitik**

276 Ein funktionierender europäischer Emissionshandel ist ein zentrales Instrument  
277 für eine effektive Klimapolitik. Eine Aufweichung dieses Systems – etwa durch  
278 dauerhafte Gratiszertifikate – würde seine Lenkungswirkung untergraben.

279 Wir bekennen uns daher zu:

- 280 • einem klaren Festhalten an ETS 1,
- 281 • der ehestmöglichen Einführung von ETS 2 ohne erneuten Aufschub,
- 282 • einem klaren Auslaufen von Gratiszertifikaten

283 und damit zu einer Stärkung marktwirtschaftlicher Klimainstrumente sowie einer  
284 konsistenten Planungssicherheit und verlässlichen Regulierung.

### 285 **Internationale Rahmenbedingungen**

286 Internationale Abkommen wie der Energiecharta-Vertrag stehen zunehmend in der  
287 Kritik, da sie nationale energiepolitische Gestaltungsspielräume einschränken  
288 können. Eine kritische Neubewertung solcher Instrumente ist daher notwendig, um  
289 eine moderne und flexible Energiepolitik zu ermöglichen.

290 Die Energiezukunft Europas liegt in einem integrierten, wettbewerblichen und  
291 resilienten Energiesystem.

292 Wir wollen:

- 293 • einen funktionierenden europäischen Energiebinnenmarkt,
- 294 • mehr grenzüberschreitende Infrastruktur,
- 295 • technologieoffene Rahmenbedingungen,
- 296 • stabile und marktwirtschaftliche Preissignale.

297 Österreich soll sich aktiv an der Weiterentwicklung der europäischen  
298 Energieunion beteiligen – nicht als Blockierer, sondern als gestaltender Partner  
299 in einem gemeinsamen Energiesystem.

## 300 **Energiesystem in Österreich**

301 Um eine sichere, wettbewerbsfähige und leistbare Stromversorgung in Österreich  
302 zu gewährleisten, braucht es klare Maßnahmen, die den Wettbewerb in der  
303 Erzeugung und gleichzeitig die Resilienz der Stromnetze erhöhen. Die Erzeugung  
304 sollte dabei stärker dem Wettbewerb unterliegen. Die Netze müssen als Teil der  
305 kritischen Infrastruktur effizient, sicher und strategisch geplant werden.

### 306 **Transparenz und Wettbewerb**

307 Der Strommarkt in Österreich ist angebotsseitig fest in öffentlicher Hand –  
308 sowohl der Länder als auch des Bundes. Die Einnahmen der Energieproduzenten  
309 fließen damit via Dividendenausschüttungen direkt an die öffentliche Hand. Das  
310 schafft ein indirektes Interesse an hohen Strompreisen: Hohe Energieerlöse  
311 bedeuten mehr Budget, das politisch nach Gutdünken wieder verteilt werden kann.

312 Gleichzeitig agieren die Energieversorger heute als Quasi-Monopolisten: In ihrem  
313 jeweiligen Bundesland sind sie weitgehend ohne echte Konkurrenz, und durch  
314 wechselseitige Beteiligungen – die einzelnen Landesversorger halten Anteile  
315 aneinander – ist ein verflochtenes, de facto monopolistisches System entstanden.  
316 Diese Struktur schützt die Anbieter vor Wettbewerb, sichert der Politik Einfluss  
317 und Einnahmen und geht auf Kosten der Konsumentinnen und Konsumenten in Form von  
318 überhöhten Preisen.

319 Um echten Wettbewerb und Transparenz zu ermöglichen, braucht es daher zunächst  
320 eine Entflechtung der Eigentumsverhältnisse: Die wechselseitigen Beteiligungen  
321 der Energieversorger aneinander sind aufzulösen. In einem zweiten Schritt sollen  
322 öffentliche Beteiligungen an Energieerzeugern schrittweise privatisiert werden,  
323 um Wettbewerb, Transparenz und faire Preise zu stärken.

324 Parallel dazu ist eine klare Trennung von Energieerzeugung und Netzbetrieb  
325 voranzutreiben. Die Stromnetze sollen als kritische Infrastruktur in eine  
326 unabhängige öffentliche Infrastrukturgesellschaft überführt werden – mit dem  
327 Ziel einer koordinierten, transparenten Netzplanung im gesamtstaatlichen  
328 Interesse, frei von den Partikularinteressen der Länder.

### 329 **Schnellere Genehmigungen und weniger Bürokratie**

330 Eine sichere und nachhaltige Energieversorgung erfordert Investitionen. Diese  
331 Investitionen scheitern jedoch häufig nicht an fehlendem Kapital oder mangelnder  
332 Technologie, sondern an überlangen Verfahren und komplexen Zuständigkeiten.

333 Wir fordern daher eine umfassende Modernisierung und Digitalisierung von  
334 Genehmigungsprozessen im Energiebereich. Dazu gehören:

- 335 • vereinfachte Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen sowie kleine  
336 Speicheranlagen,
- 337 • die vollständige Digitalisierung von Genehmigungs- und Anzeigeverfahren,
- 338 • die Schaffung eines One-Stop-Shops für Energieprojekte als zentrale  
339 Anlaufstelle für Antragstellerinnen und Antragsteller,
- 340 • einheitliche Register und Datenbanken, um Mehrfachmeldungen und  
341 Doppelgleisigkeiten zu vermeiden,
- 342 • eine verpflichtende Vollständigkeitsprüfung von Anträgen innerhalb von  
343 zwei Wochen nach Einbringung.

344 Antragstellerinnen und Antragsteller sollen jederzeit nachvollziehen können, in  
345 welchem Stadium sich ihr Verfahren befindet. Der Stand eines Verfahrens muss  
346 digital abrufbar sein und transparente Bearbeitungsfristen aufweisen.

347 Unser Ziel sind nicht starre gesetzliche Maximalfristen, sondern effiziente,  
348 transparente und nachvollziehbare Verfahren, die Rechtssicherheit schaffen und

349 Investitionen ermöglichen.

## 350 **Ausbau erneuerbarer Energien ermöglichen**

351 Technologieoffenheit bedeutet, jeder CO<sub>2</sub>-armen Technologie eine faire Chance zu  
352 geben. Die größten praktischen Hürden bestehen derzeit beim Ausbau erneuerbarer  
353 Energien – hier bekennen wir uns zu einem ambitionierten Ausbau. Ein bloßes  
354 politisches Bekenntnis reicht jedoch nicht aus. Entscheidend ist, dass Projekte  
355 tatsächlich umgesetzt werden können.

356 Gerade bei der Windkraft bestehen in Österreich weiterhin erhebliche Hürden.  
357 Langwierige Genehmigungsverfahren, uneinheitliche Raumordnungsbestimmungen und  
358 fehlende Planungssicherheit verzögern den Ausbau dringend benötigter  
359 Erzeugungskapazitäten. Wir sprechen uns daher für die Ausweisung geeigneter  
360 Potenzialzonen für Windkraft aus. In diesen Gebieten sollen Planungssicherheit  
361 erhöht und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden, ohne dabei Umwelt- und  
362 Sicherheitsstandards zu senken. In Bundesländern, in denen Zonierungsgesetze den  
363 Bau von Windkraftwerken erschweren, sollen diese gelockert werden. [\[8\]](#)

364 Gleichzeitig muss der Ausbau bestehender Infrastruktur stärker berücksichtigt  
365 werden. Bestehende Standorte bieten häufig die Möglichkeit, zusätzliche  
366 Kapazitäten mit geringeren Eingriffen in Natur und Landschaft zu schaffen.  
367 Projekte wie der Ausbau bestehender Kraftwerksstandorte zeigen, dass die Nutzung  
368 vorhandener Infrastruktur oftmals effizienter und ressourcenschonender ist als  
369 die vollständige Neuerschließung von Standorten.

370 Der Ausbau erneuerbarer Energien darf nicht an bürokratischen Hürden scheitern.  
371 Wer mehr erneuerbare Energie will, muss auch die Voraussetzungen für deren  
372 Umsetzung schaffen.

## 373 **Ausbau der Netze**

374 Der Ausbau erneuerbarer Energien stellt die Stromnetze vor große  
375 Herausforderungen. Besonders Photovoltaik führt zu starken Einspeisespitzen  
376 während des Tages, während in den Abend- und Nachtstunden deutlich weniger Strom  
377 erzeugt wird. Gleichzeitig kann es im Winter zu längeren Phasen geringer Wind-  
378 und Solarstromproduktion kommen. In solchen Dunkelflauten müssen ausreichend  
379 gesicherte Erzeugungskapazitäten, Speicher und Importmöglichkeiten zur Verfügung  
380 stehen.

381 Diese Entwicklungen erhöhen den Bedarf an Netzausbau, Speicherlösungen und  
382 flexibler Steuerung des Stromsystems. Netzengpässe führen bereits heute zu

383 teuren Redispatch-Maßnahmen, bei denen Kraftwerke gezielt hoch- oder  
384 heruntergefahren werden müssen, um die Stabilität des Stromnetzes zu sichern.

385 Um dem entgegenzuwirken, fordern wir:

- 386 • Bei der Neuinstallation von Erzeugungskapazitäten über 20 kWp soll stärker  
387 auf Netzdienlichkeit geachtet werden. Neue Anlagen sollen dort errichtet  
388 werden, wo sie sinnvoll in das bestehende Netz integriert werden können.
  
- 389 • Der Ausbau von Speichermöglichkeiten soll deutlich beschleunigt werden.  
390 Insbesondere Batteriespeicher und Pumpspeicher können helfen, kurzfristige  
391 Einspeisespitzen aufzunehmen und Netzengpässe zu reduzieren.
  
- 392 • Stromüberschüsse sollen durch Speicher, flexible Verbraucher und  
393 Lastmanagement besser genutzt werden, anstatt durch Abregelung oder teure  
394 Redispatch-Maßnahmen verloren zu gehen.
  
- 395 • Für den Winter müssen ausreichend wetterunabhängige Erzeugungskapazitäten  
396 vorgehalten werden. Dadurch soll die Versorgung auch in Dunkelflauten  
397 gewährleistet bleiben.
  
- 398 • Der Netzausbau muss schneller, koordinierter und transparenter erfolgen.  
399 Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden.

#### 400 **Netzentgelte und intelligente Systemanreize**

401 Die Struktur der Netzentgelte muss den Anforderungen eines modernen  
402 Energiesystems angepasst werden. Ziel muss es sein, Netzkapazitäten effizient zu  
403 nutzen, Investitionen in neue Erzeugungsanlagen zu erleichtern und gleichzeitig  
404 die Stabilität des Gesamtsystems zu gewährleisten.

405 Wir sprechen uns daher gegen einspeiseseitige Netzentgelte aus. Wer Strom  
406 produziert und in das Netz einspeist, trägt zur Versorgungssicherheit und zum  
407 Wettbewerb am Energiemarkt bei. Zusätzliche Belastungen auf die Einspeisung  
408 setzen Fehlanreize und erschweren insbesondere den Ausbau neuer  
409 Erzeugungskapazitäten.

410 Auch technologiespezifische Sonderbelastungen lehnen wir ab. Insbesondere  
411 zusätzliche Netzentgelte für Biogas verzerren den Wettbewerb zwischen  
412 verschiedenen Energieformen und erschweren die Nutzung vorhandener Potenziale.  
413 Förderungen und Abgaben sollen technologieübergreifend, transparent und nach

414 klaren Kriterien ausgestaltet werden.

415 Gleichzeitig müssen Netzentgelte stärker dazu beitragen, vorhandene  
416 Infrastruktur effizient auszulasten. Wir unterstützen daher die Einführung  
417 dynamischer Netzentgelte. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen durch  
418 Preissignale dazu motiviert werden, ihren Stromverbrauch verstärkt in Zeiten  
419 hoher Stromerzeugung und geringer Netzauslastung zu verlagern. Dies reduziert  
420 Lastspitzen, senkt den Ausbaubedarf der Netze und verbessert die Integration  
421 erneuerbarer Energien in das Stromsystem.

422 Ein modernes Energiesystem braucht nicht nur neue Infrastruktur, sondern auch  
423 intelligente Anreize für deren effiziente Nutzung.

#### 424 **Intelligente Netze und zielgerichtete Förderungen**

425 Die Energiewende verändert nicht nur die Stromerzeugung, sondern auch die  
426 Anforderungen an die Netzinfrasturktur. Zunehmend dezentrale Erzeugung durch  
427 Photovoltaik, Batteriespeicher und regionale Energiegemeinschaften erfordert  
428 intelligente und flexible Stromnetze.

429 Wir unterstützen daher den Ausbau sogenannter Smart Grids. Intelligente Netze  
430 ermöglichen eine effizientere Nutzung bestehender Infrastruktur, reduzieren  
431 Netzengpässe und erleichtern die Integration dezentraler Erzeugungsanlagen.

432 Gleichzeitig müssen bestehende Förderlandschaften kritisch überprüft werden.  
433 Förderungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sind häufig unübersichtlich  
434 und führen teilweise zu Doppel- oder Überförderungen.

435 Wir setzen uns daher für eine Vereinheitlichung und regelmäßige Evaluierung von  
436 Energieförderungen ein. Ziel muss es sein, wirksame Anreize für Investitionen zu  
437 schaffen, ohne Marktverzerrungen oder Mitnahmeeffekte zu fördern. Öffentliche  
438 Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Beitrag zu  
439 Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Innovation leisten.

#### 440 **Gas selber fördern statt importieren**

441 Erdgas wird mittelfristig weiterhin eine Rolle für Industrie und gesicherte  
442 Stromerzeugung spielen. Ziel muss es daher sein, Abhängigkeiten von autoritären  
443 Regimen zu reduzieren und die Versorgung breiter aufzustellen.

444 Wo Alternativen verfügbar sind, sollen diese genutzt werden. Dort, wo Erdgas

445 kurzfristig noch notwendig ist, sollen heimische Potenziale genutzt und  
446 Bezugsquellen diversifiziert werden. Versorgungssicherheit ist wichtiger als  
447 ideologische Scheuklappen.

448 Daher fordern wir, dass Österreich in der Gasproduktion so autark wie möglich  
449 wird. Das bedeutet, dass Gas, welches in österreichischen Lagerstätten vorhanden  
450 ist, gefördert werden soll. Dabei sollen moderne und sichere Verfahren zur  
451 Anwendung kommen, die die Umweltbelastung auf ein Minimum reduzieren, wie etwa  
452 das Clean-Fracking-Verfahren der Montanuni Leoben, das gänzlich ohne Chemikalien  
453 zur Erdgasförderung auskommt. [\[9\]](#)

454 *Durch Annahme dieses Antrags wird der Beschluss „Nukleartechnologie – Mehr*  
455 *Sachlichkeit im Sinne der Forschung“ des XIV. Bundeskongresses in Linz*  
456 *aufgehoben.*

457 *Durch Annahme dieses Antrags wird der Beschluss „In Freiheit geeint – Unser Weg*  
458 *zu einem neuen europäischen Frieden!“ des XXV. Bundeskongresses in Graz wie*  
459 *folgt geändert: Im Satz „Um diese gewaltige Transformation zu gewährleisten,*  
460 *sprechen wir uns für den mittelfristigen Weiterbetrieb von Kernkraftwerken in*  
461 *Europa aus, sofern sie den strengen Sicherheitsstandards der IAEA entsprechen,*  
462 *regelmäßig kontrolliert und saniert werden.“ entfällt das Wort*  
463 *„mittelfristigen“.*

464 [\[1\]](#) Oesterreichs Energie | 21.09.2022 | [Doppelter Stromverbrauch bis 2040](#)

465 [\[2\]](#) Intergovernmental Panel on Climate Change | 14.04.2014 | [Annex III:  
466 Technology-specific cost and performance parameters](#)

467 [\[3\]](#) United Nations Economic Commission for Europe | 29.10.2021 | [Carbon  
468 Neutrality in the UNECE Region: Integrated Life-cycle Assessment of Electricity  
469 Sources](#)

470 [\[4\]](#) WIFO – Finster, Kasberger, Rütten | 17.04.2026 | [High Electricity Prices  
471 Despite Cheap Renewables? A Proposal to Partially Decouple CO2 and Electricity  
472 Prices](#)

473 [\[5\]](#) Europäische Union | 22.06.2020 | [Verordnung \(EU\) 2020/852 über die  
474 Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen](#)

475 [\[6\]](#) Europäische Union | 15.07.2022 | [Delegierte Verordnung \(EU\) 2021/2139  
476 \(Ergänzung um Wirtschaftstätigkeiten in bestimmten Energiesektoren\)](#)

477 [\[7\]](#) Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung | [Endlager in Finnland](#)

478 [\[8\]Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich](#), beschlossen  
479 durch den XXVIII. Bundeskongress in Linz

480 [\[9\]](#) FAZ.net | 02.05.2022 | [Erdgasförderung geht auch umweltschonend](#)